

## **Erklärung des Bundesvorstands der Gesellschaft für Sicherheitspolitik (GSP) zum Umgang mit politischem Extremismus**

Unser Selbstverständnis als Gesellschaft für Sicherheitspolitik ist unantastbar: Wir vermitteln sicherheitspolitische Zusammenhänge und fördern hierzu einen offenen, vorurteilsfreien und sachlichen Dialog in der Bevölkerung. Den Rahmen dafür bilden die freiheitliche demokratische Grundordnung und insbesondere der Gedanke einer wehrhaften und streitbaren Demokratie. Unsere parteipolitische Neutralität und unsere breite gesellschaftliche Verankerung verschaffen uns das nötige Vertrauen und eine hohe Reputation nach innen und außen. Allerdings werden die allgemeinen Rahmenbedingungen derzeit schwieriger. Eine wachsende gesellschaftspolitische Polarisierung mit rechts- und linksextremistischen Auswüchsen führt bisweilen dazu, dass der uns leitende Grundsatz von Meinungsvielfalt und freier Meinungsäußerung im Rahmen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu missbrauchen versucht wird.

Wir als GSP werden bei unserer klaren Positionierung bleiben und als stabile Brandmauer unseren guten Ruf verteidigen sowie bereits den Anschein nicht-satzungsgemäßer Arbeit verhindern. Konkret heißt das: Trotz ausdrücklicher Bereitschaft zu einer lebhaften, kontroversen Diskussion auch strittiger sicherheitspolitischer Themen ist es unsere gemeinsame Aufgabe als GSP, alles zu vermeiden, was die offene oder verdeckte Verbreitung extremistischer Positionen fördert oder gar uns selbst in deren Nähe zu rücken droht. Hier besteht eine Grenze, deren Überschreiten wir in keinem Fall tolerieren werden. Im Gegenteil: Die GSP hat die Aufgabe, aktiv und vehement jedem radikalen, rechts- wie linksextremen Gedankengut ebenso wie Antisemitismus, Hass, Hetze und sprachlicher Verrohung frühzeitig entgegenzutreten und offensiv für unsere demokratischen Grundwerte wie auch die freiheitliche demokratische Grundordnung einzustehen.

Unsere Funktionsträger, die mit großem ehrenamtlichem Engagement sicherheitspolitische Öffentlichkeitsarbeit umsetzen, sind sich dieser Pflicht bewusst und vermögen konkrete Fragen richtig einzuschätzen. Sofern im Einzelfall unterschiedliche Auffassungen zur entsprechenden Einordnung von Vorhaben oder von Referenten bestehen, trifft der jeweilige Landesvorsitzende im Einvernehmen mit dem Präsidenten eine verbindliche Entscheidung. Fest steht: Wir werden im Sinne der Werte und Ziele der GSP mit allen unseren aktiven wie passiven Mitgliedern die Risiken einer Grenzüberschreitung nicht stillschweigend akzeptieren, sondern konsequent verhindern.

*Beschluss des GSP-Bundesvorstands, Berlin, 6.11.2019*